

UNIVERSITÄT WIEN

Exposé für die Dissertation:

Eine vergleichende Studie von U.S.-amerikanischem und österreichischem Recht der Internationalen Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen

Dissertationsgebiet: Zivilverfahrensrecht

Dissertantin: Mag. Victoria Pernt, 0605341

Dissertationsbetreuer: Prof. Dr. Paul Oberhammer

Wien, am 18. Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitende Bemerkungen	2
2. Forschungsfrage	3
3. Methode und Forschungsumfang	3
4. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis	3
5. Übersicht über den vorläufigen Forschungsstand	4
6. Vorläufige Bibliographie.....	6

1. Einleitende Bemerkungen

Produkte und ihre Komponenten werden oft weltweit in einer Vielzahl an Ländern hergestellt, bevor sie endgültig auf dem US-amerikanischen oder dem österreichischen Markt landen. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Österreich hat der geschädigte Konsument die Möglichkeit, sich bei mehreren Personen schadlos zu halten: beim Produzent des fehlerhaften Produkts an sich, beim Produzent einer Produktkomponente, beim Importeur des Produkts sowie grundsätzlich bei jeder Person in der Verkaufs- oder Vertriebskette des fehlerhaften Produkts.

Oftmals ist für den Konsumenten es vor allem aus Gründen des Haftungsfonds am vorteilhaftesten, den Produzenten selbst zu klagen. Dies gilt vor allem in den Vereinigten Staaten, die auf Grund ihres Systems der „punitive damages“¹ sehr hohe Entschädigungen für den Konsumenten festlegen. Es ist jedoch offensichtlich dass ein geschädigter Konsument bei Rechtsverfolgung im Ausland eine Vielzahl an Barrieren überwinden und Aufwendungen machen auf sich nehmen muss. Nur selten wird er mit der ausländischen Rechtsordnung und deren Besonderheiten vertraut sein, was insbesondere die vom Konsumenten selbst zu treffende Einschätzung erschwert, ob die Kosten und Aufwendungen des Verfahrens sich auszahlen werden. Das kann dazu führen, dass der geschädigte Konsument erst gar nicht Klage einbringt.

Es ist daher eine wichtige Frage, welches Land in einem Produkthaftungsfall internationale Zuständigkeit genießt. Es hat Auswirkungen darauf, ob der Konsument Klage einbringen wird

¹ Unabhängig von der Höhe des eingetretenen Schadens wird als pönales Element eine Summe zugesprochen, die sich an der Leistungsfähigkeit des schädigenden Unternehmens orientiert. Diese können oft sehr hoch ausfallen.

und unter Umständen sogar auf die Höhe des zugesprochenen Schadenersatzes.² Während der Konsument in einer Konsumenten-freundlichen Jurisdiktion klagen möchte, wird der Produzent versuchen, die Zuständigkeit für eine stärker Unternehmens-freundliche Jurisdiktion zu bringen.

2. Forschungsfrage

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, welche Voraussetzungen unter US-amerikanischem beziehungsweise unter österreichischem Recht für das Vorliegen von Internationaler Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen gegeben sein müssen. In einer vergleichenden Studie sollen die Unterschiede in diesen beiden Rechtssystemen aufgezeigt werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, aus welchen Gründen diese Unterschiede bestehen. Zudem soll versucht werden, Tendenzen einer Angleichung beziehungsweise einer mangelnden Angleichung im Zeitraum der letzten Jahre zu analysieren.

3. Methode und Forschungsumfang

Einerseits soll diese Arbeit die derzeitigen rechtlichen Voraussetzungen für das Vorliegen von Internationaler Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen in den USA und in Österreich beschreiben. Hierbei wird besonders auf die Unterschiede, die sich aus case-law und kontinentaleuropäischem Recht ergeben, Bedacht genommen. Eine Analyse dieser Voraussetzung wird auf ausgewählte Aspekte fokussieren, in denen sich die Voraussetzungen des US-amerikanischen Zivilverfahrensrechts vom österreichischen unterscheiden. Schließlich sollen auch einige aktuelle Entwicklungen in diesem Gebiet diskutiert und verglichen werden.

4. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitung**
- 2. Grundsätzliches zur Produkthaftung**
- 3. Internationale Zuständigkeit**

² Der Umfang des Schadenersatzanspruches richtet sich nach dem anzuwendenden Recht, das gemäß der Regeln des Internationalen Privatrechts bestimmt wird. Es gibt jedoch auch prozessrechtliche Regeln, die Auswirkungen auf den Schadenersatz haben können, wie beispielsweise Verjährungsregeln. Ein weiteres Beispiel ist die prozessrechtlich vorgeschriebene Jury-Trial. Die Entscheidungsfindung mittels Jury – wie in den USA üblich – tendiert grundsätzlich dazu, eher konsumentenfreundlich zu entscheiden. Somit kann eine prozessrechtliche Regel sich durchaus auch auf den Zuspruch des Schadenersatzes und dessen Höhe auswirken.

- 3.1. Definition von Internationaler Zuständigkeit
- 3.2. Internationale Zuständigkeit in den Vereinigten Staaten
 - 3.2.1. Grundsätzliches zur Internationalen Zuständigkeit in den Vereinigten Staaten
 - 3.2.2. Besondere Aspekte der Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen
- 3.3. Internationale Zuständigkeit in Österreich
 - 3.3.1. Rechtsquellen – EU-Recht und nationales Recht
 - 3.3.2. Grundsätzliches zur Internationalen Zuständigkeit in Österreich
 - 3.3.3. Besondere Aspekte der Internationalen Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen
4. Ausgewählte Aspekte
 - 4.1. Mentales Element
 - 4.2. Vermögensgerichtsstand
5. Aktuelle Entwicklungen
 - 5.1. Aktuelle Entwicklungen in den USA
 - 5.1.1. The Foreign Manufacturers Legal Accountability Act of 2010
 - 5.2. Aktuelle Entwicklungen in der EU
 - 5.3. Angleichungstendenzen?
6. Conclusio
7. Bibliographie

5. Übersicht über den vorläufigen Forschungsstand

Das Thema dieser Arbeit ist internationale Zuständigkeit in Produkthaftungsfällen in den Vereinigten Staaten und in Österreich. Daher soll eingehend der Forschungsgegenstand eingeschränkt werden, indem eine kurze Beschreibung der Produkthaftungsfälle gegeben wird. In einem nächsten Schritt soll Grundlegendes über die beiden Zivilverfahrensordnungen aufgezeigt und auf die Besonderheiten der Produkthaftung eingegangen werden.

Das österreichische Zivilverfahrensrecht ist stark von den Europäischen Rechtsquellen dominiert. Abhängig vom Sitz des Produzenten bestehen unterschiedliche Regeln, die auf die Frage der internationalen Zuständigkeit Anwendung finden – nationales österreichisches Recht oder EU-Recht. Dies kann auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.

In den Vereinigten Staaten bestehen keine speziellen Regeln für Internationale Zuständigkeit. Es werden schlicht dieselben Standards und Tests auf internationale Fälle angewendet, die im Zusammenhang mit Fällen entwickelt wurden, die sich zwischen zwei oder mehreren Staaten

der Vereinigten Staaten ereignet haben. Die Kriterien für Internationale Zuständigkeit ergeben sich aus der US-Verfassung sowie aus Statuten und Case-law, welche die Grenzen der mittels Verfassung übertragenen Zuständigkeit der einzelnen Gerichte näher definieren. Gerade in Produkthaftungsfällen gab es mehrere Fälle, in denen es eine Uneinigkeit der Richter des Supreme Courts gab. Dies ist ein erstes Indiz über wie komplex und kontrovers dieses Rechtsgebiet ist. Eine detailliertere Analyse der einzelnen Fälle und ein Vergleich dieser Fälle zeigen einige interessante Theorien bezüglich der Voraussetzungen für Internationale Zuständigkeit auf.

In einem nächsten Schritt fokussiert diese Arbeit auf einige ausgewählte Aspekte der Internationalen Zuständigkeit, bei welchem sich die US-amerikanische und die österreichische Rechtslage stark unterscheiden. Beispielsweise verlangt das US-Recht nach einem „mentalen Element“. Damit ein Produzent in einem Staat der USA geklagt werden kann, muss er folglich eine Handlung unternommen haben, um sich mit diesem Staat in Verbindung zu setzen, und es muss ihm auch klar gewesen sein, beziehungsweise darauf angekommen sein, dass seine Produkte in diesem Staat vertrieben werden. Dies steht im krassen Unterschied zu österreichischem Recht. Artikel 5 Abs 3 der Brüssel-Verordnung knüpft ausschließlich an den Ort an, an dem der Schaden eingetreten ist. Eine Intention des Produzenten ist hier absolut irrelevant. Diese Arbeit soll diesen krassen Unterschied kritisch beleuchten und Tendenzen einer Angleichung (oder deren Fehlen) analysieren.

Schließlich sollen weitere aktuelle Entwicklungen thematisiert werden. In den USA hat sich – wohl auch auf Grund der sehr restriktiven Möglichkeit der Zuerkennung von Internationaler Zuständigkeit mangels mentalem Element – das Problem gezeigt, dass geschädigte Konsumenten nicht in der Lage waren, Schadenersatz von ausländischen Produzenten einzufordern. Dies wurde vor allem im Bereich Kinderspielzeug und Gipswände aus China thematisiert, welche importiert und verwendet wurden und stark gesundheitsschädigende und auch letale Folgen hatten. Aus dieser Motivation heraus wurde 2010 der „Foreign Manufacturers Legal Accountability Act“ im Congress vorgestellt. Auch dieser Gesetzesentwurf soll in meiner Arbeit analysiert werden.

6. Vorläufige Bibliographie

Verzeichnis einschlägiger Fälle

- *Asahi Metal Indus. Co. v. Sup. Court*, 480 U.S. 102, 112 (1987)
- *Baldwin v. Iowa State Traveling Men's Ass'n*, 283 U.S. 522 (1931)
- *Burger King v. Rudzewicz*, 471 U.S. 462 (1985)
- *Burnham v. Superior Court*, 495 U.S. 604 (1990)
- *Carnival Cruise Lines, Inc. V. Shute*, 499 U.S. 585 (1991)
- *Grace v. McArthur*, 170 F. Supp. 442 (E.D. Ark. 1959)
- *Goodyear Dunlop Tires Operations, SA v. Brown*, 131 S. Ct. 2846 - Supreme Court 2011 at 2853
- *Harkness v. Hyde*, 98 U.S. 476 (1897)
- *Harris v. Balk*, 198 U.S. 215 (1905)
- *Insurance Corp. Of Ireland, Ltd. v. Compagnie des Bauxites de Guinee*, 456 U.S. at 694 *International Shoe Co. V. Washington*, 326 U.S. 310, 316 (1945)
- (1982)
- *Logan v. Zimmerman Brush Co.*, 455 U.S. 422, 428-29 (1982)
- *M/S Bremen v. Zapata Off-Shore Co.*, 407 U.S. at 10 (1972)
- *McGee v. International Life Ins. Co.*, 355 U.S. at 223
- *J. McIntyre Machinery, Ltd. v. Nicaastro*, 131 S. Ct. 2780 (2011)
- *Milliken v Meyer* 311 U.S. 462 and 463 (1940)
- *National Equipment Rental v. Szukhent* 375 U.S. 311, 315-16 (1964)
- *Nicaastro v. McIntyre Mach. Am., Ltd.*, 399 N.J.Super. 539, 545, 945 A. 2d 92 (AppDiv.2008)
- *Pennoyer v. Neff* 95 U.S. 714 (1878)
- *Perkins v. Benuet Mining Co.*, 342 U.S. 437, 438 (1952)
- *Seider v. Roth*, 216 N.E.2d 312 (N.Y. 1966)
- *Shaffer v Heitner*, 433 U.S. 186, 210 (1977)
- *Wenche Siemer v. Learjet Acquisiton Corp.*, 966 F.2d 179 (5th Cir 1992)
- *World-Wide Volkswagen v. Woodson*, 444 U.S. 286, 297 (1980)
- Appellate Body Report, *European Communities — Measures Affecting Asbestos and Asbestos-Containing Products*, WT/DS135/AB/R, adopted 5 April 2001.
- GATT Panel Report, *Italian Discrimination against Imported Agricultural Machinery*, BISD 7S/60, adopted 23 October 1958.
- GATT Panel Report, *Thailand - Restrictions on Importation of and Internal Taxes on Cigarettes*, BISD 37S/200, adopted 7 November 1990.
- WTO Panel Report, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, WT/DS2/R, adopted 20 May 1996.

Verzeichnis einschlägiger Literatur

- Lea Brilmayer, *How Contacts Count: Due Process Limitations on State Court Jurisdiction*, 1980, SUP.CT. REV., 80
- Robert C. Casad & William B. Richman, *Jurisdiction in Civil Actions* §2-5[4][b][v] (3d ed. 1998)
- Joseph J. Kalo, *Jurisdiction as an Evolutionary Process: The Development of Quasi In Rem and In Personam Principles*, 1978 DUKE L.J. 1147, 1166 (1978)

- Diane S. Kaplan, *Paddling Up the Wrong Stream: Why the Stream of Commerce Theory is Not Part of the Minimum Contacts Doctrine*, 55 BAYLOR L. REV. 503 (2003)
- Harold S. Lewis, Jr., *A Brave New World for Personal Jurisdiction: Flexible Tests under Uniform Standards*, 37 VAND. L. REV. 1, 48-49 (1984)
- Linda J. Silberman, *The Impact of Jurisdictional Rules and Recognition Practice on International Business Transactions: The U.S. Regime*, 26 HOUSTON J. OF INT'L L. 327, 347 (2004).
- Sheila Millar, *Compliance Issues for Manufacturers and Retailers of Children's Products under the Consumer Product Safety Improvement Act*, LexisNexis Emerging Issues Analysis, 2009, available at: http://www.lexisnexis.com/community/emergingissues/blogs/emergingissuescommentary/archive/2009/12/08/cpsia-compliance-issues-for-manufacturers-and-retailers-of-children_1920_s-products.aspx.
- Cf. William M. Richman, *Understanding Personal Jurisdiction*, 25 ARIZ. ST. L. REV. 599, 625 (1993).
- William M. Richman, *A Sliding Scale to Supplement the Distinction Between General and Specific Jurisdiction*, 72 CAL. L. REV. 1328 (1984).
- David E. Seidelson, *Recasting World-Wide Colkswagen as a Source of Longer Jurisdictional Reach*, 19 TULSA L.J. 1, 18-19 (1983).
- Hans Smit, *Common and Civil Law Rules of In Personam Adjudicatory Authority: An Analysis of Underlying Policies*, 21 INT'L & COMP. L. Q. 335, 336 (1972)
- Lee S. Tayler, *Registration Statutes, Personal Jurisdiction, and the Problem of Predictability*, 103 COLUM. L. REV. 1163, 1164-65 (2003)
- Raj Bhala, *Modern GATT Law, a Treatise on the General Agreement on Tariffs and Trade* (2005).
- Peter Van den Bossche, *The Law and Policy of the World Trade Organization* (2005).
- Daniel Griswold & Sallie James, *"Consumer Safety" Bill Could Boomerang against U.S. Manufacturers*, 42 Free Trade Bulletin of the CATO Institute (2010), available at http://www.cato.org/pub_display.php?pub_id=12174.
- Von Hopffgarten, *Neue Importbeschränkungen für deutsche Produkte in den USA?*, German Trade & Invest (August 26, 2009), available at <http://www.gtai.de/fdb-SE,MKT200908258020,Google.html>.
- Autar Krishen Koul, *Guide to the WTO and GATT, Economics, Law and Politics* (2005).
- Winston & Strawn LLP, *Legal briefing* (August 2009), available at <http://www.winston.com/siteFiles/Publications/FMLAA-08-26-09.pdf>.
- Washington Monitor, Volume 14 Issue 25, (2010), available at <http://www.fairtradec.com/new/w100729.pdf>.
- Knut Woestehoff, *The Drafting Process for a Hague Convention on Jurisdiction and Judgments with Special Consideration of Intellectual Property and E-Commerce* (2005), LLM Theses and Essays, Paper 54; available at: http://digitalcommons.law.uga.edu/stu_llm/54

Sonstige Quellen

- Consumer Product Safety Improvement Act of 2008.
- H.R.4678 : Foreign Manufacturers Legal Accountability Act of 2010.
- S.1606 : Foreign Manufacturers Legal Accountability Act of 2009.
- The General Agreement on Tariffs and Trade 1947.
- The General Agreement on Tariffs and Trade 1994.

- Convention of 15 November 1965 on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters.
- U.S. Consumer Product Safety Commission, database *available at* www.cpsc.gov/cgi-bin/cmfg.aspx.
- Subcommittee on Commerce, Trade, and Consumer Protection, *Staff Memorandum, "Re: Hearing on H.R. 4678, the 'Foreign Manufacturers Legal Accountability Act'"* (June 11, 2010), *available at* <http://energycommerce.house.gov/documents/20100612/Briefing.Memo.ctcp.06.16.2010.pdf>.
- Statement by the Honorable Bobby L. Rush, Chairman; Energy and Commerce Committee, Subcommittee on Commerce, Trade and Consumer Protection, *Hearing H.R. 4678, the "Foreign Manufacturer Legal Accountability Act"* (June 16, 2010), *available at* <http://energycommerce.house.gov/documents/20100616/Rush.Statement.06.16.2010.pdf>.
- National Association of Manufacturers, Association of International Automobile Manufacturers, and Organization for International Investment, *Letter to Rep. Henry Waxman, chairman, and Rep. Joe Barton, ranking member, Committee on Energy and Commerce, U.S. House of Representatives* (July 2010), *available at* http://www.ofii.org/docs/FMLAA_Coalition_Letter.pdf.
- Report of the Committee on Energy and Commerce about the Foreign Manufacturers Legal Accountability Act 2010 from 16 December 2010.
- Statement of Professor Louise Ellen Teitz before the Senate Judiciary Committee, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts, May 19, 2009, *available at* http://www.judiciary.senate.gov/hearings/testimony.cfm?id=e655f9e2809e5476862f735da1496f05&wit_id=e655f9e2809e5476862f735da1496f05-1-1.
- Hague Conference on Private International Law, Outline: Hague Service Convention (Nov. 2009) (online at www.hcch.net/upload/outline14e.pdf).
- House Committee on Energy and Commerce, Subcommittee on Commerce, Trade, and Consumer Protection, Testimony of Prof. Andrew Popper, Hearing on H.R. 4678, the "Foreign Manufacturers Legal Accountability Act" and H.R. 5156, the "Clean Energy Technology Manufacturing and Export Assistance Act," 111th Cong. (June 16, 2010).
- Department of Commerce, Strategic Plan for 1997–2002, 1 (visited Jun. 3, 2010) <http://www.osec.doc.gov/bmi/budget/strtg/Aintro.pdf>.
- Ways and Means Examining Foreign Manufacturers Bill for WTO Issues, INSIDE U.S. TRADE (June 25, 2010).
- General Agreement on Tariffs and Trade, Jan. 1, 1948, 55 U.N.T.S. 224 <http://www.wto.org/english/docsle/legalle/gatt47le.pdf>.